

Arbeitende, vereinigt euch!

Gespräch mit Martin Schulz, dem Vorsitzenden der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Adam Krzemiński: Der Philosoph Ralf Dahrendorf prophezeite bereits in den 1980er Jahren das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters. Dann gab es noch einen kurzen Höhenflug von Blairs New Labour Partei und der Neuen Mitte von Schröder. Befindet sich die europäische Sozialdemokratie heute dagegen wieder auf dem Rückzug?

Martin Schulz: Es stimmt, in vielen Ländern der Europäischen Union sind wir nicht mehr an der Macht. Eines unserer Probleme besteht darin, dass unsere Rhetorik von Parteien der Mitte und des rechten Spektrums übernommen wurde. Unsere Aufgabe zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist es, die Widersprüche zwischen den Versprechen und der Wirklichkeit der konservativen Regierungen nachzuweisen.

Richtig ist auch, dass die Konservativen euch die Sprache geklaut haben. Sarkozy zitiert gerne Marx.

Das ist ein gutes Beispiel. Sarkozy sagt: mehr Staat, mehr Kontrolle, weniger Kapitalismus. Was er aber praktisch tut ist: weniger Staat, weniger Kontrolle und mehr Freiheiten für das Kapital. Zwischen seiner Selbstwerbung und dem Politikalltag besteht eine Kluft. Auch wir haben uns innerhalb der letzten 20 Jahre kaum an das Prinzip gehalten, nur das zu sagen, was wir tatsächlich machen können und nur das zu machen, was wir versprochen haben.

Neben den Konservativen erlagen auch die Sozialdemokraten einem nationalistischen Populismus. In Frankreich ging das Schreckgespenst des „polnischen Klempters“ um, in Deutschland dagegen fürchtete man den „polnischen Fliesenleger“. Sozialdemokratische Gewerkschafter verteidigten missgünstig ihren Besitzstand, indem sie eine Blockade gegen die Konkurrenz aus dem Osten forderten.

Zunächst muss ich etwas richtig stellen: Die Angst vor Ausländern schürte der Mitbegründer der Partei „Die Linke“ (Die Linke – radikale Linke, die sich auf den Marxismus beruft – Anm. der Red.), Oskar Lafontaine. Über die Gefahr durch „polnische Fliesenleger“ sprach der Chef der christlich-sozialen Union, Edmund Stoiber. Dagegen schimpfte der Sozialdemokrat Franz Müntefering über die Währungsspekulanten als Heuschrecken, die ganze Länder verwüsteten. Aber Sie haben recht: Auch sozialdemokratische Parteien versuchten für transnationale Wirtschaftsmechanismen vor allem rein nationale Rezepte zu finden. Daran waren wir gewöhnt. Stattdessen muss man sich wieder auf die Ideen der Gründungsväter aus dem 19. Jahrhundert besinnen. Sie schufen eine internationale sozialdemokratische Bewegung in der Überzeugung, dass die soziale Sicherheit nur mit internationalen Mitteln erkämpft werden kann. Heute ist dies aktueller denn je.

Zudem geht es darum zu verhindern, dass der zügellose Spekulationskapitalismus unsere Demokratie unterminiert. Aus diesem Grund müssen wir ihm länderübergreifende Regelungen aufzwingen. Das wird allerdings nur möglich sein, wenn wir auf internationaler Ebene die Idee der gleichberechtigten Teilhabe an wirtschaftlichen und staatlichen Ressourcen durchsetzen. Dank des EU-Binnenmarktes verfügen wir bereits über geeignete Instrumente gegenüber den Produzenten. Wir haben sie aber nicht auf dem Arbeitsmarkt.

Daher ist der Kampf um eine gerechtere Beteiligung am Wohlstand auf internationaler Ebene das wichtigste Ziel der europäischen Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert.

Ist jedoch nicht jeder sich selbst der Nächste? Während der Krise von Opel wollte jeder, dass der Konzern zumindest in seinem Land die Produktion sowie Arbeitsplätze erhält. 2009 gab es jedenfalls keine bedeutenden Solidaritätsstreiks der belgischen, polnischen und deutschen Beschäftigten von Opel...

Weil wir kein EU-Streikrecht haben. Weil wir keinen europäischen Betriebsrat haben, der Lohnverhandlungen mit dem Konzern führen würde. Unter diesen Bedingungen ist es einfach, die Betriebe in einem Land gegen Betriebe in einem anderen Land auszuspielen. Wenn man überall solidarisch gestreikt hätte, dann hätte der Konzern ein Problem bekommen.

Wenn wir aber solidarisch zu streiken beginnen, werden dann nicht die Produzenten unserer gemeinsamen Sozialpolitik den Rücken kehren und nach Asien auswandern?

Das glaube ich nicht. Dafür ist Europa viel zu attraktiv. Das Kapital ist kein scheues Reh, das durch einen scharfen Blick verschreckt wird. Europa steht auch für eine halbe Milliarde relativ wohlhabender Verbraucher. Es ist ein attraktiver Markt, aus dem man sich nicht so einfach zurückzieht.

Die Textil- und die Werftindustrie haben uns jedoch bereits verlassen.

Durch die Einführung entsprechender Standards kann man Unternehmen, die ihre Produktion nach Asien verlagern durchaus die Stirn bieten. Indem man zum Beispiel den europäischen Markt gegenüber Produkten verschließt, die durch Kinderarbeit hergestellt wurden. Zudem besitzen wir Instrumente, um uns länderübergreifend gegen die Erpressung internationaler Konzerne zu verteidigen.

Dazu müsste man jedoch an der Macht sein. Die SPD hat im vergangenen Jahr – nach elf Jahren in der Regierung – drastisch an Zustimmung verloren. In Polen hätte sich die SLD 2005 ebenfalls beinahe das Genick gebrochen. Beide Parteien hatten sich im Vorfeld neoliberalen Konzepten angenähert und etwas für ihre Länder getan. Woraufhin sie von den Wählern hart bestraft wurden.

Vor einem Jahr haben wir tatsächlich eine schwere Niederlage erlitten – 23 Prozent der Wählerstimmen waren das schlechteste Ergebnis für die SPD in der Geschichte der Bundesrepublik. Heute erreichen wir jedoch in den Umfragen 30 Prozent, genauso viel wie die regierenden Christdemokraten. Die Menschen konnten sich überzeugen, dass Angela Merkel nur eine gute Regierungschefin war, solange die Sozialdemokraten ihr auf die Finger schauten. Jetzt läuft sie mit diesem merkwürdigen Außenminister herum und die Menschen begreifen, dass diese Regierung nichts taugt. An der jetzigen Bundesregierung sieht man, dass sie sich durch ihre Fixierung auf Umfragen selber lahm legt.

Unsere Bundeskanzler Willy Brandt oder Helmut Schmidt handelten dagegen nach dem Grundsatz: Das Wohl der Nation steht an erster Stelle, dann erst folgt die Partei. Und beide kam dies teuer zu stehen. Auch haben diese die Probleme nicht ausgesessen, wie Helmut Kohl und Angela Merkel es taten, sondern sie packten sie an. Ein Beweis dafür ist die Haltung Schmidts während der Ölkrise 1974 oder der Terroroffensive 1976. Auch die Anerkennung der polnischen Grenze durch Willy Brandt, die Durchsetzung von schwierigen Wirtschaftsreformen durch Schröder und die EU-Erweiterung sind in diesem Zusammenhang

zu nennen. Ich erinnere mich noch gut daran, wie wir in der EU gedrängt wurden, nur die baltischen Staaten und Tschechien aufzunehmen. Schröder und Verheugen blieben jedoch beharrlich: Keine EU-Erweiterung ohne Polen. Das war ein richtiger Schritt. Deswegen sollten sowohl deutsche als auch polnische Sozialdemokraten selbstbewusster auftreten, wenn von deutsch-polnischen Beziehungen die Rede ist. Denn das sind nicht nur Angela Merkel und Donald Tusk.

Sie sprechen oft vom Projekt einer gemeinsamen europäischen sozialdemokratischen Partei. Die nationalen Parteien haben indes jedoch mit Abspaltungsprozessen zu kämpfen. In Deutschland ist aus Teilen der PDS in den neuen Bundesländern und SPD-Dissidenten im Westen die Partei „Die Linke“ entstanden. In Polen gibt es ebenfalls konkurrierende sozialdemokratische Gruppierungen. Ist das ein ernstes Problem?

Die SLD hat zwar andere Wurzeln als wir, sie ist aber auch eine Partei, die bewiesen hat, dass sie für dieselben Werte einsteht und eine vergleichbare Verantwortung trägt. Sie lässt sich mit der PDS nicht vergleichen. Allein der Umstand, dass innerhalb dieser Partei eine Auseinandersetzung zwischen zwei jungen Spitzenpolitikern vonstatten geht, die kaum etwas mit der Volksrepublik Polen gemein haben, beweist, dass die SLD genug Substanz hat, um die junge Generation anzusprechen.

Die Partei Die Linke ist hingegen vor allem eine Protestpartei. In die Regierung schafft sie nur es nur im Osten Deutschlands. Und dann verhält sie sich wie Sozialdemokraten. Das Unglück dieser Partei ist die destruktive Politik Oskar Lafontaines...

... des ehemaligen Vorsitzenden der SPD, der sich 1999 von Schröder beleidigt fühlte und alles hinschmiss...

... und der nach dem Grundsatz handelt: je schlechter, desto besser, denn dann gibt es mehr Unzufriedenheit und Protest.

Darin ist er Jarosław Kaczyński ähnlich.

In Deutschland kommt dieser Protest allerdings von links, denn jener von rechts ist historisch diskreditiert.

Nach neuesten Umfragen könnten die beiden linken Parteien SPD und Die Linke sowie die Grünen gegenwärtig mit knapp 60% der Wählerstimmen rechnen. Die Schwierigkeit besteht hingegen darin, dass eine solche Koalition nahezu undenkbar ist.

Wir streben eine rot-grüne Regierung an und ich bin überzeugt, dass wir sie bilden werden. Die Liberalen der FDP haben enorme Schwierigkeiten. Heute sind in Deutschland die Grünen die eigentlich liberale Partei. Sie sind es, die mit Claudia Roth und Cem Özdimir stärker als die FDP das liberale, aufgeklärte Bürgertum anziehen. Das kann der Anfang vom Ende der Liberalen sein. Im vergangenen Jahr profitierte die FDP von der Enttäuschung über Angela Merkel. Nun laufen diese Wähler zu den Grünen über.

Ist die Partei „Die Linke“ für euch nicht doch ein Problem? Sie hat schließlich die SPD um einige Prozent ärmer gemacht.

Nach den Umfragen kommen wir zwar mit den Grünen und den Linken auf jene 60%, aber das Auf und Ab der Stimmungen wirkt sich nicht direkt auf die Wählerentscheidungen aus.

Das alles wird sich noch einpendeln und zwar zu unseren Gunsten. Die Wähler wissen, dass nur eine rot-grüne Koalition die nötige Stabilität besitzt, ohne Beteiligung der Linken. Und wenn die SPD ihr Programm einer größeren sozialen Gerechtigkeit durchsetzt, wird sie auch wieder für jene attraktiv, die zur Partei „Die Linke“ übergelaufen sind.

Wenn diese sich an der Bundesregierung beteiligen will, muss sie einige grundsätzliche Fragen bezüglich der internationalen Verpflichtungen Deutschlands beantworten. Die Bundesrepublik darf nicht von einer Partei regiert werden, die nicht begreift, dass 35% unseres Bruttoinlandsprodukts dem Export zu verdanken sind. Und „Die Linke“ ist europaskeptisch.

Ohne Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft und des EU-Binnenmarktes kann keine Rede davon sein, die Linke an der Regierung zu beteiligen. Nicht wir, sondern sie selbst müssen das miteinander diskutieren. Sie wollen zudem aus der NATO austreten, obwohl die Losungen der 80er Jahre – als Lafontaine noch jung war – längst verhallt sind. Man kann seine Jugend nicht ewig verlängern.

In dieser Woche haben konservative Zeitungen triumphiert, die Wahl Ed Milibands zum Chef der britischen Arbeitspartei sei das Ende von New Labour. Was ist nach 10 Jahren vom berühmten Schröder-Blair-Papier übriggeblieben, das die Sozialdemokratie mit dem liberalen Kapitalismus versöhnte?

Nichts. Das Papier entstand im Juni 1999 und wurde nie umgesetzt. Schröder und Blair gingen sehr schnell auseinander. Wenn wir aber sagen, dass die Konservativen heute die Sprache der Linken übernehmen, dann müssen auch wir zugeben, dass linke Parteien eine Zeit lang die Sprache der Konservativen gesprochen haben. Und das hat sich gerächt. Jetzt rächt es dagegen sich bei den Rechten. Deshalb wiederhole ich: Wir müssen imstande sein zuzugeben, dass bestimmte Ideen zwar alt, aber nicht veraltet sind. Im Gegenteil, sie sind modern und durchaus brauchbar für heute. Wie die internationale Solidarität.

Aleksander Kwaśniewski verweist in diesem Zusammenhang auf China. Ein riesiges, von Kommunisten regiertes Land, Superreiche neben Millionen von Bettelarmen und über allem die Kuppel des chinesischen Marxismus.

Die Erfahrung lehrt, dass ein solches System nicht funktionieren kann. Der monolithische Block, den die chinesische kommunistische Partei heute bildet, ist kein ideologischer, sondern ein Monolith der Verwaltung. Seinen Inhalt bildet nicht mehr die Politik, sondern die Verwaltung. Das ist das Tor zu einem Staat ohne Idee. Und in China bedeutet Pragmatismus Korruption. Ich glaube, dass das chinesische System eben daran scheitern wird. Es entsteht nämlich eine Kastengesellschaft. China ist wieder auf dem Weg zum System der Mandarine. Innerhalb der letzten 26 Jahre stammten alle Generalsekretäre aus Schanghai.

In China beginnt es unter dem Deckel zu gären. Aber wir Europäer sollten uns darüber nicht freuen. Es liegt in unserem Interesse, dass China stabil ist. Auch Indien ist mit sich selbst beschäftigt, es kommt bloß als ein Bundesstaat mit seinen inneren Konflikten besser zurecht. Ich glaube, dass wir Europa trotz allem optimistisch betrachten sollten. Die soziale Marktwirtschaft und die parlamentarische Demokratie sind ein besseres Modell für das 21. Jahrhundert.

Auch für Russland?

Ich glaube, dass auch die Russen und die russische Führung langfristig unser europäisches Wirtschafts- und Demokratiemodell haben möchten.

Das Gespräch führte Adam Krzemiński

Martin Schulz (55) ist von Beruf Buchhändler und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, wo er seit 1994 vertreten ist. 2012 soll Schulz Jerzy Buzek als Parlamentspräsident ablösen.